

Entschließungsantrag

der Bundesrät:innen Andreas Babler MSc, Mag.^a Bettina Lancaster,
Genossinnen und Genossen

betreffend **Klimaschutzgesetz jetzt – ÖVP und Grüne müssen die Blockade auflösen!**

eingbracht im Zuge der Debatte zum Beschluss des Nationalrates vom 15. Mai 2024 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Klimabonusgesetz geändert wird (4016/A und 2539 d.B.)

Der Klimabonus ist – laut Bundesregierung – ein zentraler Bestandteil der ökosozialen Steuerreform, die für die Erreichung der Klimaziele einen entscheidenden Effekt haben soll. Entscheidend für die Erreichung der Klimaziele ist aber vielmehr ein Klimaschutzgesetz, das mittlerweile seit über 1.200 Tagen auf sich warten lässt und das, sich – den Beobachtungen der innenpolitischen Beobachter:innen zufolge – wohl auf Grund der gegenseitigen Blockade von ÖVP und Grünen nicht mehr in dieser Legislaturperiode realisieren lassen wird.

Mit verheerenden Folgen. Einerseits wird durch die Versäumnisse der Bundesregierung wertvolle Zeit zur Erreichung der Klimaziele verloren – jeder Tag, der ohne Klimaschutzgesetz vergeht, kann mit Blick auf die drohende Klimakatastrophe, als verlorener Tag bezeichnet werden. Denn damit gibt es weder gesetzliche Klimaziele, noch Möglichkeiten Maßnahmen in anderen Bereichen anhand von klar definierten Kriterien auf Wirksamkeit und Effizienz zu prüfen. Österreich befindet sich somit im klimapolitischen Blindflug. Andererseits wird auch auf EU-Ebene die Situation rund um das ausstehende Gesetz zunehmend brenzlig, weil Österreich damit seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Das bedeutet nicht weniger, als den Verlust mehrerer Milliarden Euro, die Österreich als Strafzahlungen nach Brüssel zahlen wird müssen. Schätzungen gehen von 4,6 bis zu neun Milliarden Euro aus, die das fehlende Handeln von ÖVP und Grünen den Steuerzahler:innen kosten wird. Ein Umstand, der mit Blick auf den Klimabonus und die ökosoziale Steuerreform wie blanker Hohn klingt – die Mittel, die den Menschen in Österreich über den Klimabonus zugestanden werden, liefern sie über Umwege als Strafzahlungen wieder ab.

Als Sozialdemokratie treten wir für die Schaffung eines wirkungsvollen, sozial gerechten und umfassenden Klimaschutzgesetzes ein. Unsere Zukunft und jene unserer Kinder und Kindeskiner ist nur auf einem gesunden Planeten, mit intakter Umwelt und Natur möglich. Dafür braucht es aber das entschlossene Vorgehen der Bundesregierung, die das Klimaschutzgesetz vor nunmehr viereinhalb Jahren im Regierungsprogramm angekündigt, dieses aber bis heute nicht umgesetzt hat.

Aus diesem Grund stellen die unterfertigten Bundesrätinnen und Bundesräte folgenden

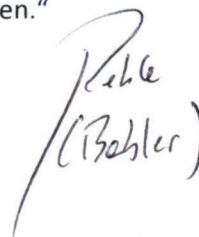
Entschließungsantrag

Der Bundesrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, wird aufgefordert, dem Nationalrat und dem Bundesrat umgehend eine Vorlage zur Schaffung des im Regierungsprogramm versprochenen Klimaschutzgesetzes zuzuleiten, um den Beschluss bis zum Ende der Legislaturperiode zu ermöglichen.“


G. SCHUMANN


Bettina Lancaster
(LANCASTER)


Andreas Babler
(Babler)

